



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Matthias Vogler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung
(Kap. 10 07 TG 61)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz in der TG 61 (Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung) für das Jahr 2024 von 300,0 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz in der TG 61 (Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung) für das Jahr 2025 von 300,0 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Die eingesparten Ansätze werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Präventionsprogramme gegen Radikalisierung, wie sie in der Ausführung des Ansatzes aufgezählt werden, führen aus unserer Sicht i. d. R. zur Finanzierung linker Aktivisten/Extremisten, die konservative Meinungen unterdrücken und aktive Meinungsmache gegen konservative Bevölkerungsgruppen betreiben.

Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erstellung eines Aktionsplans Queer sind nicht von gesellschaftlicher Relevanz und sollten auch nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Aus diesem Grund wird der Ansatz in beiden Jahren zur Gänze gestrichen.